

Eine 48 Jahre alte Gewerkschaft in nur 11 Tagen verschwunden – wie Hongkonger Lehrer eine starke Stimme verloren haben

48 Jahre erhob die Lehrgewerkschaft Hong Kong Professional Teachers' Union (HKPTU) ihre Stimme für Lehrende und zu politische Fragen – doch das Ende kam brutal schnell.

Sonntag, 15. August 2021, von Rhoda Kwan (Hong Kong Free Press)

Die Entscheidung der pro-demokratischen Hong Kong Professional Teachers' Union (HKPTU), unter Berufung auf den „enormen Druck“ von Peking und der Stadtregierung sich nach 48 Jahren aufzulösen, hat eine wichtige Stimme der Zivilgesellschaft zum Schweigen gebracht.

Die 95.000 Mitglieder zählende Gewerkschaft teilte mit, sie könne inmitten der politischen und sozialen Veränderungen in der Stadt „keinen Weg nach vorne mehr sehen“. Die Auflösung kam etwa eine Woche nachdem die Bildungsbehörde die Verbindungen zur Gewerkschaft abgebrochen hatte. Die Entscheidung verkündete die Behörde nur wenige Stunden nachdem chinesische Staatsmedien die Gewerkschaft als „giftigen Tumor“ bezeichnet hatten, der „ausgemerzt“ werden müsse.

Die Gewerkschaft, die über 90 Prozent der Lehrenden der Stadt vertrat, hatte sich traditionell für bessere Arbeitsbedingungen für LehrerInnen, für schülerorientierte Bildungsreformen und für eine umfassendere Demokratie für die Stadt eingesetzt.

Die Schließung wird sich nachhaltig auf das tägliche Leben der ehemaligen Mitglieder auswirken, die nun keinen Zugang mehr zu den umfassenden Sozialleistungen und Vergünstigungen haben, die die Gewerkschaft jahrzehntelang gewährt hat. Diese reichten von Versicherungen, Rechts- und Fachberatungen über Arzt- und Zahnkliniken bis hin zu Discountläden und Reiseangeboten. Sie macht auch ihre 200 MitarbeiterInnen arbeitslos.

Hong Kong Free Press zeichnet die Geschichte der Gewerkschaft bei der Unterstützung und Verteidigung der Rechte von LehrerInnen und ihre Stellungnahmen zu politischen Themen von der Kolonialzeit bis zur Übergabe (an die VR China d.Ü.) und Pekings nationalem Sicherheitsgesetz wie folgt nach.

1973-1997

Von Anfang an war die Gewerkschaft ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft. 1973 von einem Gründer der Demokratiebewegung, Szeto Wah, gegründet, bestand ihre ursprüngliche Mission darin, den Bildungssektor durch soziale Bewegungen zu reformieren.

„Die 70er Jahre waren ein Jahrzehnt, in dem soziale Bewegungen in Hongkong florierten...“, schrieb der Historiker Bernard Luk in seiner Arbeit über die Geschichte der Gewerkschaft. „Die HKPTU war eine dieser aufstrebenden Interessenvertretungen, eine der größten, effektivsten und einflussreichsten.“

Von Anfang an setzte sich die Gewerkschaft bei der britischen Kolonialregierung für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für LehrerInnen ein. Der erste Erfolg bestand darin, die gleiche Entlohnung von Lehrenden mit Diplom und Universitätsabschlüssen sicherzustellen.

Ein weiteres frühes Beispiel für ihren Einfluss war der „Golden Jubilee Incident“ im Jahr 1978, als sich die Gewerkschaft erfolgreich für Lehrende einsetzte, die ihre Stelle verloren hatten, als das Bildungsministerium eine örtliche Schule schloss.

In den 1980er Jahren protestierte die Gewerkschaft auch gegen den Bau des Kernkraftwerks *Daya Bay* auf dem Festland und gegen Änderungen der Verordnung über die öffentliche Sicherheit, die eine stärkere Kontrolle der (Kolonial-)Regierung über die öffentlichen Versammlungen und die Presse der Stadt ermöglicht hätten.

Am Ende des Jahrzehnts schloss sich die Gewerkschaft mit anderen Demokratie VerteidigerInnen zusammen, um die von Studierenden angeführten pro-demokratischen Proteste auf dem chinesischen Festland im Mai 1989 zu unterstützen. Sie gründeten die Hongkonger Allianz zur Unterstützung patriotisch demokratischer Bewegungen in China.

Nach dem Tiananmen - Massaker am 4. Juni 1989, als Peking sein Militär einsetzte, um pro-demokratische Proteste blutig niederzuschlagen, begann die Allianz, jährliche Kerzenlicht-Mahnwachen zu organisieren, um die Opfer zu betrauern und für Demokratie jenseits der Grenze zu kämpfen.

Es setzte sich auch bei der Kolonialregierung für den muttersprachlichen Unterricht in Schulen ein, in denen Englisch das Hauptunterrichtsmedium war.

1997 Rückführung an die VR China

Nachdem Hongkong am 1. Juli 1997 unter chinesische Herrschaft zurückgekehrt war, legte die Gewerkschaft Wert darauf, sowohl das chinesische Mutterland als auch Hongkong zu lieben, indem sie Spenden sammelte, um Bildung und Katastrophenhilfe auf dem Festland zu stärken und sich für pro-demokratische Aktivitäten in der Stadt einsetzte.

„Ziel der Bildung ist es, die Lebensqualität zu verbessern. Unsere Gewerkschaft kümmert sich nicht nur um Bildung, sondern auch um soziale und politische Ereignisse“, hieß es 1997 auf ihrer Webseite. „Auf sozialer Ebene liegt uns soziale Gerechtigkeit am Herzen. Wir sprechen für die schwächeren Gruppen der Gesellschaft. In der Politik sind wir entschlossen, für ein demokratisches politisches System zu kämpfen, damit zukünftige Generationen in einer freien und gesetzestreuem Umgebung aufwachsen und leben können.“

Damals teilte die Gewerkschaft ihre Sozialarbeit in die Sparten „Loving China“ und „Loving Hong Kong“ ein. Unter ersterer wurden Spendensammlungen für Katastrophenhilfe und bessere Bildung im ländlichen China betrieben, in letzterer der „Kampf für Demokratie“.

Anfang 2000

Im Jahr 2003 gingen Hunderttausende Hongkonger auf die Straße, um gegen Pläne der Hongkonger Regierung für ein nationales Sicherheitsgesetz gemäß Artikel 23 des Hongkonger Grundgesetzes zu protestieren, die später fallengelassenen wurden. Die HKPTU gab eine Erklärung heraus, in der sie ihre „Befürchtungen“ zum Ausdruck brachte:

„Der Vorschlag verstößt tatsächlich gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens und beraubt Angeklagten des Rechts, zu erfahren, was genau ihnen vorgeworfen wird, sowie das Recht entsprechende Widerlegungen vorzubringen. Alles in allem wird selbst ein Mensch, der sich nicht mit Politik beschäftigt, diese Vorschläge nicht akzeptieren können; die Gesetzgebung sollte sofort gestoppt werden“, heißt es in einer Erklärung vom 9. Juni 2003.

Den Demonstranten gelang es, den Gesetzesentwurf für die nächsten 17 Jahre auf Eis zu legen, bis Peking im Juni 2020 der Stadt eine eigene, ähnlich pauschale Version auferlegte.

Die Gewerkschaft schützte auch das Recht der Studierenden historische Wahrheiten zu lernen. Im Jahr 2004 beschuldigte ihr Vorsitzender Cheung Man-kwong die Herausgeber eines neuen chinesischen Geschichtslehrbuchs für Oberstufenschüler, die Geschichte neu zu schreiben, indem sie in den Lektionen über die pro-demokratischen Studentenproteste von 1989 in China das staatlich sanktionierte Massaker, das diese beendete, nicht erwähnt hatten .

„Sie haben die Geschichte entweder verzerrt oder umgangen, indem sie nicht erwähnt haben, was während der Niederschlagung passiert ist. Es gibt keine Erwähnung von Gewaltanwendung, dass Panzer und Maschinengewehre verwendet wurden, um die Menge zu zerstreuen“, sagte Cheung der *South China Morning Post* im Juni desselben Jahres.

„Die Verlage sind so besorgt, dass ihre Bücher verboten werden und haben Angst vor politischem Druck, dass sie es nicht wagen, den Schülern zu erzählen, was wirklich passiert ist“, sagte die Pädagogin. Die HKPTU veröffentlichte daraufhin eigene Lehrmaterialien und Filmmaterial, um die Studierenden darüber zu informieren, was am 4. Juni 1989 wirklich geschah.

2012

Im Jahr 2012 stieß der Vorschlag der Bildungsbehörde, einen chinesischen Lehrplan für „patriotische Erziehung“ in Schulen Hongkongs einzuführen, auf breiten Widerstand von Lehrern, Schülern und Eltern. Eine Umfrage der Gewerkschaft ergab, dass 70 Prozent der Lehrenden den Plan ablehnten.

Die HKPTU half bei der Organisation von Protesten und öffentlichen Foren gegen die „moralischen und nationalen Bildungspläne“ und forderte die Regierung auf, auf die öffentliche Meinung zu hören und diese zurückzuziehen.

„Die Bürger haben deutlich ihre Forderung an die Regierung geäußert, den Lehrplan unverzüglich zurückzuziehen, und die Regierung sollte entsprechende Maßnahmen deutlich ankündigen“, hieß es in einer Erklärung im September desselben Jahres.

Die nationalen Bildungsvorschläge wurden auf Eis gelegt – nur um in diesem kommenden akademischen Jahr (2021) wieder eingeführt und im Rahmen des nationalen Sicherheitsgesetzes verhängt zu werden.

2014 – Regenschirmbewegung

Während der Regenschirmbewegung 2014, bei der bis zu Zehntausende Menschen 79 Tage lang einige Hauptstraßen besetzten, um ein echtes allgemeines Wahlrecht zu fordern, war die HKPTU an vorderster Front und rief aus Protest gegen die Gewaltanwendung der Polizei an studentischen Demonstranten zu einem stadtweiten Lehrerstreik auf

„Die PTU ist extrem wütend und verurteilt die verrückten Aktionen der (Hongkonger d.Ü.) SAR-Regierung und der Polizei aufs Schärfste“, sagte ihr Präsident Fung Wai-wah damals der *South China Morning Post*. Die Gewerkschaft veröffentlichte auch Unterrichtsmaterialien, um die Schüler über zivilen Ungehorsam zu informieren.

Im Jahr 2016, als die Schulen die Zunahme des *Lokalismus* unter jungen Demokratieaktivisten zu bewältigen suchten, wies die Gewerkschaft die Warnung der Bildungsbehörde zurück, eine Diskussion der Unabhängigkeit Hongkongs in den Schulen zu unterlassen, und erklärte, die unklaren Richtlinien seien nicht im Interesse der LehrerInnen.

2018 feierte die Gewerkschaft ihr 45-jähriges Bestehen, zusammen mit der neu gewählten Regierungschefin Carrie Lam, die später zu einer scharfen Kritikerin der HKPTU werden sollte.

2019 Proteste und Unruhen

Im Vorfeld der Mitte 2019 beginnenden Massenproteste gegen ein später zurückgezogenes Auslieferungsgesetz verteidigte die Gewerkschaft in einer Erklärung Schulpetitionen gegen den Gesetzesvorschlag. Sie hielt ihre Unterstützung für die monatelang anhaltenden Proteste aufrecht. Im Juni rief sie die LehrerInnen nach Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten in *Admiralty* (einem Ortsteil, d.Ü.) zu einem zweitägigen Boykott des Unterrichts auf und forderte von der Regierung, das umstrittene Gesetz zurückzuziehen.

Als sich die Proteste intensivierten, veranstalteten Gewerkschaftsmitglieder im August eine Kundgebung, um ihre Unterstützung der Studenten gegen die Polizeigewalt zu demonstrieren.

2020 Nationales Sicherheitsgesetz

Anfang 2020 sprach die Gewerkschaft weiterhin für den Bildungssektor und kritisierte die Entscheidung der Bildungsbehörde, eine Frage in einer DSE-Geschichtsprüfung (entspricht dem deutschen Abitur, d.Ü.) über den chinesisch-japanischen Krieg für ungültig zu erklären, die angeblich Sympathie für Japan ausgelöst hätte.

In einer Erklärung im Mai nannte die Gewerkschaft die Entscheidung der Behörde „unzumutbar“ und beschuldigte sie, unangemessenen psychologischen Druck auf Absolventen auszuüben und die geistige Freiheit zu unterdrücken.

Seit dem Inkrafttreten des nationalen Sicherheitsgesetzes nach den Protesten, die die Behörden als von Demonstranten im Studentenalter angezettelte „Unruhen“ darstellen, versuchen die Behörden, den Bildungssektor verschärft zu kontrollieren..

In den folgenden Monaten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes bestanden Beamte darauf, sogenannte „faule Äpfel“ in dieser Berufsgruppe zu identifizieren. Seitdem hat die Bildungsbehörde mindestens vier LehrerInnen aus politischen Gründen disqualifiziert: einen wegen der Aufnahme von „Hongkongs Unabhängigkeit“ in Unterrichtsmaterialien und zwei weitere wegen ihrer Beteiligung an den Protesten. Ein anderer wurde wegen „unangemessener“ Lehrmaterialien, die ungenaue Informationen über den Opiumkrieg enthielten, disqualifiziert.

Der Druck beschränkte sich jedoch nicht auf die Klassenzimmer. Im Jahr 2020 erhielt das Büro Hunderte von Beschwerden über Lehrer, einige wegen ihrer Aussagen oder Beiträge in den sozialen Medien. Ein Lehrer für bildende Kunst wurde nach satirischen Zeichnungen auf seinem Instagram-Account durchsucht.

Als die offizielle Kontrolle intensiviert wurde, bot die Gewerkschaft LehrerInnen Unterstützung an, die mit Beschwerden und Untersuchungen ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb des Klassenzimmers konfrontiert waren.

Auch der Lehrplan wurde geändert. In ihrer politischen Ansprache im letzten Jahr kündigte die Regierungschefin Carrie Lam Pläne an, eine nationale Bildung einzuführen, um ein Gefühl der nationalen Identität bei den Schülern zu fördern und die Qualität der Lehrer der Stadt zu „verbessern“.

Die Behörden überarbeiteten auch das Fach „Liberale Studien“, das kritisches Denken fördern sollte, und konzentrierte es mehr auf China-Themen und weniger auf aktuelle Ereignisse.

Gegen Ende des Jahres sagte der Vizepräsident der Gewerkschaft Ip Kin-yuen der *HKFP*, dass die Behörden den Bildungssektor zum „Sündenbock“ für die Unruhen machen.

Die Tage vor der Auflösung

Die Gewerkschaft verteidigte 2021 weiterhin die Rechte der Lehrer, trotz des Anwendung des Nationalen Sicherheitsgesetzes. Im Mai noch warnte sie davor, dass neue Richtlinien der Bildungsbehörde, die anonyme Beschwerden erlaubten, haltlose Anschuldigungen gegen Lehrer anheizen könnten.

Aber innerhalb nur weniger Tage verschlimmerte sich die Situation für die Gewerkschaft in diesem Sommer. Am 31. Juli forderten chinesische Staatsmedien ihre „Ausmerzung“. Innerhalb weniger Stunden gab die Bildungsbehörde bekannt, dass sie die Gewerkschaft nicht mehr anerkennen würde und brach alle Verbindungen zu einer Organisation ab, die 90 Prozent des Bildungssektors repräsentierte.

In der folgenden Woche verteidigte Lam die Entscheidung der Behörde und warf der Gewerkschaft vor, die Schulen der Stadt zu politisieren, den Bildungssektor zu „entführen“ und seinen Ruf zu beschädigen. Sie lehnte es ab, sich dazu zu äußern, ob die Gruppe von den Strafverfolgungsbehörden untersucht würde.

Als Reaktion darauf kündigte die HKPTU an, sich künftig auf Bildungsthemen zu konzentrieren und bei Arbeitsstreitigkeiten nur die Unterstützung durch die Rechtsvertretung in Anspruch zu nehmen.

Am nächsten Tag zog sie sich aus der pro-demokratischen Gewerkschaftskoalition der Stadt und einem internationalen Netzwerk von Bildungsgewerkschaften, *Education International*, zurück. Die internationale Organisation hatte am selben Tag die Entscheidung der Bildungsbehörde verurteilt, die Verbindung zur Gewerkschaft abubrechen.

Die HKPTU richtete auch eine Arbeitsgruppe ein, um eine „positive Sicht“ auf die chinesische Kultur und Geschichte bei den LehrerInnen und die „Zuneigung zu Heimat und Land“ bei den SchülerInnen zu fördern - anscheinend im Einklang mit den Zielen von Lams nationaler Bildung. All dies reichte immer noch nicht aus, um die Behörden zu besänftigen. Am nächsten Tag verfasste Bildungsminister Kevin Yeung einen offenen Brief an die Gewerkschaftsmitglieder und forderte sie auf, zu überdenken, ob die Gruppe sie „wirklich vertreten“ könne. Am Dienstag, den 10. August, erklärte die Gewerkschaft ihre Auflösung.

Hongkongs LehrerInnen und SchülerInnen verloren eine laute und konsequente Stimme, die ihre Rechte verteidigte, und eine weitere pro-demokratische Kraft in der Stadt brach zusammen.

Auch nach der Auflösung blieb der Druck bestehen. Der ehemalige Regierungschef Leung Chun-ying kritisierte die Gewerkschaft dafür, dass sie sich nicht an die ordnungsgemäßen Auflösungsverfahren hielt. Auch die Angriffe chinesischer Staatsmedien gingen weiter.

„Die Auflösung der HKPTU war ein vergeblicher Versuch, sich rein zu waschen ... [der] seine mutmaßlichen Verbrechen in der Vergangenheit nicht tilgen wird“, heißt es in einem Artikel der chinesischen staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* am Mittwoch, den 11.8.2021.

Original siehe <https://hongkongfp.com/2021/08/15/explainer-a-48-year-old-union-gone-in-11-days-how-hong-kong-teachers-lost-a-lost-a-powerful-voice/>

Übersetzung von P. Franke